

DIE LINKE

Landesverband Sachsen

Änderungsanträge Leitantrag Bundesparteitag 2011 (Programmwurf) – Reform und Stärkung der Vereinten Nationen

Beschluss aus der gemeinsamen Beratung von Landesvorstand, Landesrat, Kreisvorsitzenden der LINKEN Sachsen sowie dem Fraktionsvorstand der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag (gemäß Landessatzung § 31 Absatz 2) und den Bundesparteitagsdelegierten der LINKEN Sachsen vom 27. August 2011

Die gemeinsame Beratung von Landesvorstand, Landesrat, Kreisvorsitzenden, Fraktionsvorstand der LINKEN Sachsen (Landessatzung § 31 Absatz 2) und den Bundesparteitagsdelegierten der LINKEN Sachsen reicht diese Anträge als Änderungsanträge an den Bundesparteitag ein:

Der Bundesparteitag vom 21. – 23. Oktober 2011 in Erfurt möge die folgenden Änderungen zum Leitantrag zum Programm DIE LINKE beschließen:

1. Im Abschnitt Zeile 2505 ff – Streichung wie folgt (fett markiert):

*„Die LINKE erachtet an internationalistische Partei das Völkerrecht und die Vereinten Nationen als wichtigste Institution für die friedliche Verständigung zwischen den Staaten und Gesellschaften der Erde. Den globalen Herausforderungen kann die Menschheit nur friedlich, im Dialog und multilateral auf der Basis eines sich konsensual fortentwickelnden rechtlichen Rahmens begegnen. **Die Vereinten Nationen müssen auf die Basis ihrer eigenen Charta zurückgebracht werden.** Probleme und Herausforderungen von Armut. Klimawandel. Massenerkrankungen. Unterentwicklung. Ernährung. Wasserversorgung. Energiesicherheit, regulierter Globalisierung oder fairen Handels sind Themen für alle und sie können nur im globalen Miteinander behandelt und einer Lösung näher gebracht werden. Die zentrale Aufgabe der Vereinten Nationen bleibt die Sicherung des Weltfriedens, d.h. die Prävention. Streitbeilegung und nachhaltige zivile Konfliktlösung auf der Basis des Völkerrechts. Hierzu dienen insbesondere die Grundsätze des Gewaltverzichts und der gleichen Sicherheit, ferner die Regelungen zur friedlichen Konfliktbeilegung in Übereinstimmung mit Geist und Buchstaben der Charta.“*

2. Einfügungen, Streichungen und Änderungen in Zeile 2519 ff (fett markiert):

„Viele Staaten haben das Völkerrecht jedoch spätestens seit dem Ende des Kalten Krieges missachtet sowie den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zur Rechtfertigung von Angriffskriegen missbraucht. Das Völkerrecht und die Vereinten Nationen verlieren hierdurch an Autorität. Die Vereinten Nationen müssen daher auf die Basis ihrer eigenen Charta zurückgebracht werden. Auch der Sicherheitsrat hat sich der Charta unterzuordnen. Dafür bedarf es der überfälligen Reform, was größere Rechte der UN, größere ökonomische Rechte, größere Effektivität der UNO Organisationen und eine bessere Legitimation des UN-Sicherheitsrates umschließt. DIE LINKE fordert darüber hinaus eine grundlegende Demokratisierung des Systems der Vereinten Nationen. Dafür bedarf es einer überfälligen Reform, die auch einen Ausbau der sozialen, wirtschaftlichen und zivilen Strukturen beinhaltet und die Militarisierung der Vereinten Nationen beendet. Insbesondere fehlt eine stärkere Repräsentanz afrikanischer und lateinamerikanischer Staaten im Sicherheitsrat. Notwendig sind auch die Verankerung größerer umfassenderer Kontroll- und

Entscheidungskompetenzen Rechte der größer gewordenen Generalversammlung **gegenüber dem Sicherheitsrat**. Aber auch Regionalorganisationen wie die OSZE können spezifische Beiträge zur Verwirklichung der Chartaziele leisten.“

Begründung:

Die Kriege in Afghanistan und Libyen zeigen, dass die Vereinten Nationen zunehmend zur Rechtfertigung von Angriffskriegen missbraucht werden. Die NATO-geführte ISAF-Mission diene etwa der Entlastung der „*Operation Enduring Freedom*“ in Afghanistan. Entscheidend ist daher nicht nur die Form, sondern die Substanz der Charta. Die Reform der UNO bzw. die Aufwertung der Generalversammlung muss ebenfalls präzisiert werden.

F.d.R.

Dresden, 7. September 2011



Antje Feiks,
Landesgeschäftsführerin